

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion,
der Fraktion DIE LINKE und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu:

Antrag des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos) - Mieterschutz stärken: Frist für Eigenbedarfskündigungen erhöhen - Drucksache 6/8509 vom 07.04.2018

Mieten

zum Antrag des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos) "Mieterschutz stärken: Frist für Eigenbedarfskündigungen erhöhen" (Drucksache 6/8509)

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, die Situation im Wohnungsmarkt und den Bedarf für weitere regulatorische Maßnahmen zu prüfen und dazu im 3. Quartal 2018 im zuständigen Fachausschuss zu berichten. Gegenstand dieser Prüfung soll die Entscheidung über den Erlass einer Kündigungssperrfristverordnung sein. Dazu sollen relevante Daten erfasst und die Positionen von Kommunen sowie von Mieter- und Eigentümervertretungen einbezogen werden.

Begründung:

Aufgrund des prognostizierten Bevölkerungswachstums in vielen Kommunen und der damit verbundenen Knappheit von Wohnraum sollte Brandenburg alle effektiven Maßnahmen ergreifen, um das Ziel der Bereitstellung bezahlbaren Wohnraumes zu erreichen. Andere Bundesländer nutzen das Instrument einer Kündigungssperrfristverordnung, die den Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verlängert. Brandenburg kann dem Beispiel anderer Bundesländer folgen und nach der Kappungsverordnung und der Mietpreisbremse auch eine Kündigungssperrfristverordnung für Orte mit angespannter Wohnungsmarktsituation erlassen. Voraussetzung dafür ist jedoch die Analyse des Marktumfelds.